



Interpellation

betreffend **Gebührentransparenz: Damit den Winterthurer/-innen mehr zum Leben bleibt**

eingereicht von: B. Günthard-Maier, namens der FDP-Fraktion; U. Bründler, namens der CVP-Fraktion; M. Zeugin (GLP)

am: 16. Juni 2008

Anzahl Mitunterzeichnende: 32

Geschäftsnummer: 2008/055

Text und Begründung

Man hört diese Anekdote immer wieder: Da arbeitet man einen ganzen Monat lang, zehrt vom verdienten Monatslohn, und schon Mitte Monat ist nichts mehr übrig. Sparen liegt nicht drin. Viele Menschen fragen sich, wo eigentlich ständig ihr verdientes Geld bleibt. Eine Studie des Bundes gibt Aufschluss: Ein Durchschnittshaushalt gibt einen Drittel seines Einkommens als Steuern, Gebühren und Sozialabgaben wieder ab. Einem Teil der Gesamtbelastung, jenem der Gebühren nämlich, wird bislang wenig Beachtung geschenkt - obwohl auch diese alle betreffen: Sie werden unter anderem erhoben für Frischwasser, Abwasserreinigung, Stromanschluss und -durchleitung und für Kehrlichtverbrennung, aber auch fürs Erstellen eines Passes, das Erteilen einer Bewilligung oder die Benutzung öffentlichen Grundes. Wo welche Gebühren in welcher Höhe erhoben werden, ist allgemein wenig bekannt. "Weder in der offiziellen Statistik noch an andern Orten existiert ein Überblick über die Gebühren in den Schweizer Gemeinden", schreibt die Credit Suisse 2006 in einer Studie zum Thema. Ein demokratischer Prozess zur Festlegung der Höhe von Gebühren fehlt praktisch überall - wohl mit ein Grund, dass Gebühren tendenziell steigen. "Je stärker sich die öffentliche Hand bei der Finanzierung öffentlicher Leistungen aus Steuergeldern zurückzieht, desto stärker werden die Haushalte und Unternehmen mit Gebühren belastet", schreibt Preisüberwacher Strahm 2006 in seinem Jahresbericht. Die Winterthurer Zahlen belegen dies: Die Einnahmen aus Gebühren "für Amtshandlungen" haben sich zwischen 1995 und 2005 auf über 14 Millionen Franken praktisch verdoppelt, "Benützungsgebühren und Dienstleistungsentschädigungen" nehmen um 20 Millionen auf 97 Millionen Franken zu. "Mit steigender Transparenz über die Regionalen Unterschiede ...sind Wohnstandorte... gut beraten, nicht nur Steuerkomponenten zu optimieren, sondern auch andere Kriterien der finanziellen Wohnortattraktivität zu berücksichtigen", rät Credit Suisse in der erwähnten Studie. Und weiter: Winterthur, "die sechst-grösste Schweizer Stadt glänzt unter den Zentren mit erschwinglichen Immobilienpreisen, einer vergleichsweise günstigen Steuerbelastung, im Schweizer Vergleich unterdurchschnittlichen Elektrizitätskosten sowie Krankenkassenprämien, welche nicht das Niveau anderer Städte erreicht." In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- Winterthur steht in Bezug auf frei verfügbares Einkommen im Städtevergleich nicht schlecht da. Ist der Stadtrat bereit, diese Stärke Winterthurs im Standortwettbewerb auszuspielen?
- Auch Winterthur kann noch besser werden. Gemäss Strahm liegt Winterthur im Bereich Gebühren für Abfall, Wasser und Abwasser im Schnitt im teuersten Drittel der Gemeinden. Ist der Stadtrat bereit, alles zu unternehmen, um Winterthur in diesem Bereich in Zukunft noch besser zu positionieren? Wenn ja, welche Massnahmen plant er? Wenn nein, warum nicht?
- Hat er vor, die steigende Tendenz bei den Gebühren abzufachen? Wenn ja, welche Massnahmen plant er? Wenn nein, warum nicht?
- Ist der Stadtrat bereit, bezüglich Gebühren eine Pionier-Rolle wahrzunehmen und bereits heute - bevor der Druck weiter wächst - pro-aktiv Transparenz über Gebühren und deren Höhe herzustellen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
- Ist der Stadtrat bereit, ein Konzept vorzulegen, wie Gebühren und deren Höhe demokratisch festgelegt werden könnten? Wenn ja, wie sähe eine entsprechende Projektskizze in groben Zügen aus? Wenn nein, warum nicht?

Vorstoss-Rückseite Nr. 2008/055

eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):	eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):
✓	B. Baltensberger (SP)	✓	Ch. Denzler (FDP) X
✓	Ch. Baumann (SP)	--	St. Fritschi (FDP)
✓	Ch. Benz – Meier (SP)	✓	B. Günthard-Maier (FDP)
✓	Y. Beutler (SP)	✓	F. Helg (FDP) X
✓	U. Böni (SP)	✓	J. Heusser (FDP) X
✓	A. Daurù (SP)	✓	A. Meier-Camenisch (FDP) X
✓	P. Dennler (SP)	✓	P. Rütimann (FDP) X
✓	D. Hauser (SP)	✓	M. Wenger (FDP) X
✓	F. Künzler (SP)	✓	R. Werren (FDP) X
✓	P. Kyburz (SP)		
✓	F. Landolt (SP)	✓	L. Banholzer (EVP)
✓	M. Ott (SP)	--	U. Fischer (EVP)
✓	J. Romer (SP)	--	N. Gugger (EVP)
✓	O. Seitz (SP)	✓	B. Günthard Fitze (EVP)
✓	B. Stettler (SP)	✓	R. Kleiber (EVP) X
✓	S. Stierli (SP)	✓	H. Iseli (EDU) X
--	E. Wettstein (SP)	✓	S. Stöckli (GLP) X
✓	R. Wirth (SP)	✓	M. Zeuglin (GLP)
✓	J. Würgler (SP)		
		✓	G. Bienz-Meier (CVP) X
---	W. Badertscher (SVP)	✓	U. Bründler-Krismer (CVP)
--	P. Fuchs (SVP)	✓	U. Dolski-Gebendinger (CVP) X
✓	R. Isler (SVP) X	✓	M. Hollenstein (CVP) X
✓	H. Keller (SVP)	--	W. Schurter (CVP)
✓	Ch. Kern (SVP) X	✓	R. Schürmann (CVP) X
✓	W. Langhard (SVP) X		
✓	J. Lisibach (SVP) X	✓	J. Altwegg (Grüne)
✓	R. Meier (SVP) X	✓	B. Dubochet (Grüne)
✓	St. Nyffeler (SVP) X	✓	A. Ramsauer (Grüne)
✓	St. Schär (SVP) X	✓	D. Schraft (Grüne)
✓	W. Steiner (SVP) X	✓	M. Stauber (Grüne)
		✓	D. Berger (AL) X
✓	M. Stutz (SD) X		